



dezidiert abgelehnt. Eine solche Kategorisierung von Hunden basiert auf Willkürlichkeit, da auch Tiere, die gemäss des WBK-Vorschlags in die Gruppe der „wenig gefährlichen Hunde“ eingeteilt werden, physische Schäden verursachen können. Zudem würde ein Rassenverbot einer liberalen und die Eigenverantwortung der Hundehalter/-innen hochhaltenden Anschauung zuwiderlaufen. Das Verantwortungsbewusstsein ist hingegen bei den Haltern/-innen aller Hunderassen zu stärken; die parallel zur dieser Vorlage in die Vernehmlassung geschickte Gefährdungshaftung für alle Hundehalter/-innen (Teilrevision des Obligationenrechts) sowie die Einführung einer obligatorischen Haftpflichtversicherung sind vor diesem Hintergrund klar zu unterstützen.

Zu den seitens der FDP als notwendig erachteten Massnahmen gehören die Leinenpflicht für alle Hunde in gewissen Gebieten sowie auch die Ausbildung der Hundehalter/-innen zwecks einer Sensibilisierung bzgl. potentieller Gefahren und der gezielten Erziehung der Tiere. In einer Motion (06.3062 – Gefährliche Hunde. Verantwortung ist der beste Schutz) hatte die FDP-Fraktion bereits eine Mindestausbildung für Hundehalter/-innen gefordert.

Die FDP begrüsst überdies eine gesetzliche Verankerung der bereits bestehenden Meldepflicht von Bissverletzungen.

Es ist an dieser Stelle im Weiteren zu erwähnen, dass in den Kantonen seit den durch gefährliche Hunde verursachten tragischen Unfallereignissen bereits diverse Massnahmen eingeleitet und Anpassungen der kantonalen Gesetzgebung vorgenommen wurden. In vielen Kantonen lag die mangelhafte Prävention auch nicht an einer fehlenden gesetzlichen Regelung, sondern vielmehr an den Problemen im Bereich des Vollzugs, wo nun laufend Verbesserungen anzubringen sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und somit auf den Verzicht einer Katalogisierung mit dem damit einhergehenden Rassenverbot.

Mit freundlichen Grüssen

FDP Schweiz
Der Präsident

Der Generalsekretär

Fulvio Pelli
Nationalrat

Guido Schommer